

durch. Der Erfolg ist überwältigend: Jeweils Hunderttausende Australierinnen und Australier helfen freiwillig beim Aufräumen und haben beispielsweise dieses Jahr 8000 verschiedene Orte gesäubert und dabei 12 000 Tonnen Abfall eingesammelt. Eine ähnliche, regelmässige Aktion wäre auch in der Schweiz sinnvoll.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 18. September 1995

Rapport écrit du Conseil fédéral

du 18 septembre 1995

Die meisten Gemeinden der Schweiz verfügen über eine regelmässige Kehrrichtabfuhr. Die wilden Deponien, die vor wenigen Jahren an vielen Orten noch vorhanden waren, sind mittlerweile in den meisten Kantonen geschlossen worden. Damit besteht heute wohl kaum mehr Anlass für den Bund, in der ganzen Schweiz Putz- und Aufräumtage durchzuführen.

Gewisse Probleme bestehen in Kernstädten mit der Verschmutzung durch weggeworfene Verpackungen von Zwischenverpflegungen. Diese Probleme werden aber zweckmässigerweise direkt von den betroffenen Kommunen gelöst. So können die Gemeinden beispielsweise den Verkauf von Zwischenverpflegungen das Bereitstellen von Abfallcontainern und die Übernahme der Entsorgungskosten vorschreiben.

Die vorhandenen Probleme lassen sich somit durch die lokalen Behörden regeln. Dort, wo regionale Aktionen beabsichtigt werden, können diese in Zusammenarbeit mit privaten Organisationen erfolgen. Gerade private Organisationen haben in der Vergangenheit erfolgreich Putz- und Aufräumtage durchgeführt.

Ein Handlungsbedarf auf Bundesebene besteht somit zurzeit nach Meinung des Bundesrates nicht.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Der Bundesrat beantragt, das Postulat abzulehnen.

Le président: M. Ruf signale qu'il retire son postulat.

Zurückgezogen – Retiré

95.3546

Motion Fischer-Seengen

Reduktion des CO₂-Ausstosses und Kernenergie

Réduction des émissions de CO₂ et énergie nucléaire

Wortlaut der Motion vom 6. Oktober 1995

1. Der Bundesrat wird eingeladen, den eidgenössischen Räten im Rahmen seines Entwurfes zu einem Gesetz zur Reduktion der CO₂-Emissionen auch gesetzliche Massnahmen zur Förderung der CO₂-freien Stromproduktion aus Kernenergie zu unterbreiten.

2. Der Bundesrat wird eingeladen, den eidgenössischen Räten im Bericht über die Legislaturplanung die Massnahmen darzulegen, die er als nötig erachtet, um die sich ab 2010 abzeichnende Stromversorgungslücke zu schliessen, und auch darzulegen, welche Rolle er dabei der Kernenergie unter besonderer Berücksichtigung der CO₂-Problematik zuordnet.

3. Der Bundesrat wird eingeladen, in seinem zweiten (bis zum 15. April 1997 zu erstellenden) nationalen Bericht über die Zielerreichung hinsichtlich der CO₂-Emissionen in der Schweiz zuhanden der Internationalen Klimakonferenz auch die Rolle der Kernenergie umfassend darzustellen und die-

sen Bericht den eidgenössischen Räten vor dessen definitiver Verabschiedung zur Diskussion vorzulegen.

Texte de la motion du 6 octobre 1995

1. Le Conseil fédéral est chargé d'intégrer dans son projet de loi visant à réduire les émissions de CO₂ des dispositions destinées à promouvoir la production d'énergie nucléaire, laquelle ne génère aucune émission de CO₂.

2. Il est aussi chargé d'exposer aux Chambres fédérales, dans son rapport sur le programme de la législature, les mesures qu'il estime nécessaires pour prévenir la pénurie énergétique annoncée pour 2010 et d'indiquer à cet égard le rôle qu'il accorde à l'énergie nucléaire, compte tenu des problèmes soulevés par les émissions de CO₂.

3. Il est enfin chargé d'exposer en détail, dans son second rapport national consacré à la manière dont la Suisse entend stabiliser puis réduire les émissions de CO₂ – rapport qu'il doit établir pour la Conférence internationale sur le climat d'ici au 15 avril 1997 –, l'importance qu'il accorde à l'énergie nucléaire et de soumettre le rapport en question aux Chambres fédérales avant son adoption afin qu'elles puissent en discuter.

Mitunterzeichner – Cosignataires: Allenspach, Aregger, Aubry, Baumberger, Berger, Bezzola, Binder, Bircher Peter, Blocher, Bonny, Borer Roland, Bortoluzzi, Bühler Gerold, Bürgi, Cavadini Adriano, Cincera, Cornaz, Couchepin, Dettling, Eggly, Epiney, Fehr Lisbeth, Fischer-Hägglingen, FridERICI Charles, Fritschi Oscar, Früh, Giezendanner, Giger, Graber, Gros Jean-Michel, Hari, Heberlein, Hegetschweiler, Hess Otto, Hildbrand, Iten Joseph, Keller Anton, Kern, Kühne, Leu Josef, Leuba, Loeb François, Mamie, Maurer, Miesch, Moser, Mühlemann, Müller, Narbel, Neuenschwander, Philipona, Pidoux, Poncet, Reimann Maximilian, Rohr, Ruckstuhl, Rychen, Sandoz, Savary, Schenk, Scherrer Jürg, Scheurer Rémy, Schmidhalter, Schweingruber, Segmüller, Seiler Hanspeter, Spoerry, Stamm Luzi, Steinegger, Steinemann, Steiner Rudolf, Tschuppert Karl, Vetterli, Wanner, Weyeneth, Wittenwiler, Wyss William (77)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Die Kernenergie stellt neben der Wasserkraft die einzige Möglichkeit dar, in grösserem Masse Strom ohne CO₂-Ausstoss zu produzieren, weil dies ohne Verbrennungsprozess erfolgen kann. Dank dem Einsatz der Kernenergie ist es Frankreich beispielsweise gelungen, von 1978 bis 1988, also innert zehn Jahren, den gesamten, alle Energieanwendungen umfassenden Ausstoss von CO₂ um einen Drittel zu verringern. Überdies sorgte Frankreich mit seinem Export von in Kernkraftwerken erzeugter Elektrizität dafür, dass sich auch in den Abnehmerstaaten dank Verzicht auf Stromerzeugung auf fossiler Basis die CO₂-Bilanz erheblich verbesserte. In der Schweiz wird dank Wasserkraft und Kernenergie praktisch kein Strom auf fossil-thermischer Basis erzeugt, womit unser Land über eine fast CO₂-freie Stromproduktion verfügt. Der Ersatz der schweizerischen Kernkraftwerke durch mit Öl gefeuerte Kraftwerke würde den CO₂-Ausstoss in der Schweiz um jene Menge erhöhen, welche von allen in der Schweiz mit Benzin betriebenen Autos verursacht wird. Es liegt deshalb auf der Hand, dass der Einsatz der Kernenergie entscheidend zur Vermeidung bzw. Reduktion der CO₂-Emissionen in unserem Land beiträgt und dafür verantwortlich ist, dass unser Land hinsichtlich CO₂-Emissionen die Spitzenposition aller Industrieländer einnimmt.

Am 31. März 1995 hat der Bundesrat das EDI beauftragt, ein umfassendes Gesetz zur Reduktion der CO₂-Emissionen auszuarbeiten und die entsprechende Botschaft bis Mitte 1996 vorzulegen. Dabei ist zwar von der CO₂-Abgabe als Instrument zur Reduktion der CO₂-Emissionen in der Hoffnung die Rede, diese Massnahme sei zur CO₂-Reduktion besonders wirksam. Trotz der positiven Erfahrung in Frankreich fehlt indessen im Auftrag des Bundesrates jeglicher Hinweis auf die entscheidende Rolle der Kernenergie zur Erreichung dieses übergeordneten Ziels. Der Bundesrat wird deshalb aufgefordert, dafür zu sorgen, dass der Kernenergie in die-

sem Gesetz zur Reduktion der CO₂-Emissionen die ihr gebührende Rolle zugewiesen und deren künftiger Einsatz vor allem durch Massnahmen auf dem Gebiet der administrativen Verfahren erleichtert wird. Der Bundesrat kann sich nicht mehr mit der allgemeinen Feststellung begnügen, wie er dies in der Beantwortung der Interpellation Spoerry am 30. Januar 1995 tat, als er feststellte, dass «auch der Einsatz der Kernenergie, der Wasserkraft und längerfristig der neuen erneuerbaren Energien zur Stabilisierung und Reduktion der CO₂-Emissionen beitragen» könne. Vielmehr muss er nun endlich Farbe bekennen und sich dazu äussern, wie der künftige Strombedarf der Schweiz angesichts des in absehbarer Zeit eintretenden Erreichens des Endes der Lebensdauer der bestehenden Kernkraftwerke gedeckt werden soll.

Im Bericht über die Legislaturplanung 1991–1995 fehlen Aussagen über die künftige Stromversorgung der Schweiz. Der Bundesrat hat sich in diesem Dokument darauf beschränkt, als Ziel die Stabilisierung des Endverbrauches durch rationelle Energieverwendung sowie verstärkte Energieerzeugung bei einheimischen und erneuerbaren Energien zu nennen. Nachdem ab 2010 die bestehenden Kernkraftwerke, die gegen 40 Prozent zur Stromversorgung unseres Landes beitragen, das Ende ihrer Lebensdauer sukzessive erreichen werden, stellt sich die Frage, wie diese ersetzt werden sollen und wie ein allfälliger Mehrverbrauch gedeckt werden kann. Dessen ist sich der Bundesrat offenbar auch bewusst, indem beispielsweise Bundespräsident Villiger am 4. Mai 1995 klar zum Ausdruck brachte, dass «insbesondere die Art und Weise der Sicherstellung unserer Stromversorgung, speziell in bezug auf die nukleare Option nach Ablauf des jetzigen Moratoriums» geklärt werden müsse. Nachdem der Bundesrat diese Klärung anlässlich der Beantwortung der Interpellationen Cavadini/Spoerry unterlassen hat, muss er nun spätestens im Rahmen der Legislaturplanung 1995–1999 sein Konzept bekanntgeben und entsprechende Massnahmen aufzeigen, wobei er dem Vorteil einer weiterhin CO₂-freien Stromerzeugung besondere Beachtung schenken sollte.

Aus dem Bericht der Schweizer Delegation über die Klimakonferenz in Berlin 1995 geht hervor, dass sich die Schweiz verpflichtet hat, bis zum 15. April 1997 einen zweiten nationalen Bericht zu erstellen, in welchem aufgezeigt werden soll, wie unser Land beabsichtigt, die Ziele der Klimakonferenz hinsichtlich Stabilisierung und Reduktion des CO₂-Ausstosses zu erreichen. Nachdem – wie festgestellt – die Kernenergie zur Reduktion des CO₂-Ausstosses entscheidende Beiträge leisten kann, erscheint es angezeigt, dass dieser Aspekt im Bericht der Schweizer Delegation ihren gebührenden Niederschlag findet. Weil der Einsatz der Kernenergie in der Schweiz nach wie vor umstritten ist, erscheint es auch notwendig, diesen Bericht vor dessen Einreichung in den eidgenössischen Räten zu diskutieren, was auch die Möglichkeit beinhaltet, die künftige Marschrichtung der Schweiz hinsichtlich Einsatz dieser Energieform festzulegen.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 11. Dezember 1995

Rapport écrit du Conseil fédéral

du 11 décembre 1995

1. Der Bundesrat lehnt es ab, im Entwurf des Gesetzes zur Reduktion der CO₂-Emissionen Massnahmen zur Förderung der Stromproduktion aus Kernenergie zu verankern. Er verweist dabei auf den Volksentscheid für ein Moratorium bei der Erstellung neuer Kernkraftwerke und auf die nach wie vor offene Frage der Entsorgung der radioaktiven Abfälle.

Die Schweiz hat sich u. a. an der Klimakonferenz in Rio de Janeiro 1992 sowie im Rahmen des Aktionsprogramms «Energie 2000» klare quantitative Ziele zur Verminderung der CO₂-Emissionen gesetzt. Das bundesrätliche Aktionsprogramm «Energie 2000» zeigt den zur Erreichung dieser Ziele einzuschlagenden Weg auf. Priorität haben dabei die rationelle Energieverwendung und die Förderung der erneuerbaren Energien; doch soll auch die Leistung der bestehenden Kernkraftwerke bis zum Jahre 2000 um 10 Prozent gesteigert werden. Die kürzlich veröffentlichte Halbzeitbilanz zu

«Energie 2000» zeigt, dass dieses Programm entschlossen weiter zu verfolgen ist und angesichts der Klimaproblematik und der langfristigen Probleme bei der Elektrizitätsversorgung mit einem in den nächsten Jahren zu definierenden Abschlussprogramm «Energie 2000 plus» weiter verstärkt, verbessert und verbreitert werden muss.

2. In der Schweiz ergibt sich aufgrund der 1994 veröffentlichten Perspektiven ab 2010 eine zunehmende Versorgungslücke, falls die bestehenden Kernkraftwerke nach Ablauf ihrer Lebensdauer nicht ersetzt werden und die bestehenden Importverträge nicht erneuert werden können. Es besteht also im Hinblick auf die Zeit nach 2010 ein versorgungspolitischer Handlungsbedarf. Priorität muss weiterhin der mit «Energie 2000» eingeschlagene Weg der rationellen Energieverwendung und der erneuerbaren Energien haben.

Verschiedene Entscheidungsgrundlagen sind noch in Bearbeitung. So werden beispielsweise die Energieperspektiven des BEW gegenwärtig neu überarbeitet, und die Verbesserung des Elektrizitätswirtschaftlichen Ordnungsrahmens wird geprüft. Der Bundesrat wird nach Abschluss der laufenden Abklärungen, voraussichtlich bereits 1996/97, Entscheide über den zu beschreitenden Weg treffen und dabei auch die Rolle der Kernenergie unter Berücksichtigung der CO₂-Problematik bewerten. Dies kann aber aus zeitlichen Gründen nicht im Rahmen des Berichtes des Bundesrates über die Legislaturplanung 1995–1999 erfolgen.

3. Die Schweiz hat bis April 1997 den zweiten nationalen Klimabericht zuhanden der Uno zu erstellen. Wie der erste Bericht wird er aufzeigen, wo die Schweiz auf dem Weg zur Stabilisierung und Reduktion der klimarelevanten Gase steht (Inventory) und wie die Perspektiven unter Berücksichtigung der beschlossenen und eingeleiteten Massnahmen aussehen. Dabei soll nach Auffassung des Bundesrates auch die Problematik der Elektrizitätsversorgung nach dem Jahre 2010 mit den möglichen Konsequenzen für die CO₂-Emissionen dargestellt werden.

Das Parlament wird in den kommenden Jahren verschiedentlich Gelegenheit haben, über die Rolle der Kernenergie zu diskutieren. Insbesondere wird es mit der Gesamtrevision des Atomgesetzes die Rahmenbedingungen für die Kernenergie neu festlegen können. Darüber hinaus wird auch bei der Beratung des neuen Energiegesetzes, des CO₂-Gesetzes, der Energie-Umwelt-Initiative und der Solar-Initiative, welche alle im nächsten Jahr vom Bundesrat zuhanden des Parlamentes verabschiedet werden sollen, die Bedeutung der Kernenergie für die Klimapolitik zu würdigen sein. Dagegen erachtet der Bundesrat den nächsten Klimabericht zuhanden der Uno nicht als das geeignete Instrument für eine parlamentarische Diskussion dieser Frage.

Schriftliche Erklärung des Bundesrates

Déclaration écrite du Conseil fédéral

Der Bundesrat beantragt, die Ziffern 1 und 3 abzulehnen und die Ziffer 2 in ein Postulat umzuwandeln.

Fischer-Seengen Ulrich (R, AG): Zunächst gestatte ich mir, Sie an einige Fakten zu erinnern: Es ist eine Tatsache, dass die Kernenergie neben der Wasserkraft die einzige Möglichkeit darstellt, in grösserem Masse Strom ohne CO₂-Ausstoss zu produzieren. Es ist im weiteren eine Tatsache, dass dank der Kernenergie in Frankreich zwischen 1978 und 1988, also während zehn Jahren, der alle Energieanwendungen umfassende Ausstoss von CO₂ um einen ganzen Drittel verringert werden konnte. Zudem hat der Export von Elektrizität, welche mit Kernenergie erzeugt wurde, die CO₂-Bilanz auch in den Abnehmerstaaten erheblich verbessert. Es ist auch eine Tatsache, dass in der Schweiz dank der Kernenergie für die Elektrizitätsproduktion kein Ausweichen auf fossil befeuerte Kraftwerke nötig war. Deshalb konnten in der Schweiz sowohl die Schadstoffbilanz als auch die CO₂-Bilanz erheblich verbessert werden, und unser Land nimmt nicht zuletzt deswegen bezüglich CO₂-Ausstoss eine Spitzenposition ein. Schliesslich ist es eine Tatsache, dass der Ersatz der in der Schweiz bestens funktionierenden Kernkraftwerke durch fossile Kraftwerke eine Erhöhung des CO₂-Ausstosses bewir-

ken würde, welcher etwa gleich hoch wäre wie derjenige sämtlicher Autos, die in der Schweiz verkehren. Nach diesen paar Feststellungen einige Bemerkungen zu meinem Vorstoss:

Zu Punkt 1: Der Bundesrat hat ja die Absicht, nächstens ein Gesetz zur Reduktion der CO₂-Emissionen vorzulegen. Soviel ich weiss, sind da verschiedene Massnahmen geplant, die bereits ihren Niederschlag im Aktionsprogramm «Energie 2000» gefunden haben. Subsidiär soll eine CO₂-Abgabe als Lenkungsabgabe vorgesehen werden. Ich meine, dass es nun sinnvoll und nötig wäre, auch die entscheidende Rolle der Kernenergie zur Erreichung dieses Ziels darzustellen und im Gesetz zu definieren, wie der Einsatz der Kernenergie ausgestaltet werden könnte. Das ist der Inhalt von Punkt 1 meiner Motion.

Der Bundesrat hat Hinweise gemacht, dass wegen des Moratoriums zu dieser Frage nicht Stellung genommen werden könne. Dieser Hinweis stösst natürlich ins Leere, nachdem das Moratorium im Jahr 2000 ausläuft und dann sehr rasch überlegt werden muss, wie die Rolle der Kernenergie in Zukunft aussehen soll.

Im weiteren hat der Bundesrat darauf hingewiesen, dass das Problem der radioaktiven Rückstände noch nicht gelöst sei. Dieses Problem muss aber so oder so gelöst werden, ganz unabhängig davon, wie der Einsatz der Kernenergie in Zukunft aussehen wird. Der Bundesrat und die Umweltschützer wären gut beraten, hier Hand zu bieten, damit dieses Problem möglichst rasch bewältigt werden kann. Es ist nämlich technisch gelöst, aber es ist politisch nicht gelöst, und diese politische Lösung sollte nun endlich getroffen werden.

Nun ist aber festzustellen – ich sehe das ein –, dass der politische Entscheidungsprozess betreffend die Zukunft der Kernenergie in der Schweiz im Bundesrat noch nicht abgeschlossen ist, dass aber der Entwurf zum CO₂-Gesetz vor der Verabschiedung steht. Es ist aus praktischen Gründen wohl kaum möglich, dass nun das Problem Kernenergie auch noch in diesen Gesetzentwurf «hineingepackt» wird. Der Bundesrat ist offensichtlich noch nicht in der Lage, die Rolle der Kernenergie heute schon abschliessend zu definieren. Ich bin deshalb bereit, auf diese Forderung zu verzichten, hätte aber das Anliegen, dass in der Botschaft zum CO₂-Gesetz mindestens etwas über die positive Rolle der Kernenergie hinsichtlich Reduktion der CO₂-Emissionen gesagt würde. Die gesetzliche Ausgestaltung müsste dann wahrscheinlich bei der Revision des Kernenergiegesetzes vorgenommen werden.

Ich wäre in diesem Sinne bereit, Punkt 1 meiner Motion in ein Postulat umzuwandeln und hoffe, dass der Bundesrat hierzu Hand bieten kann.

Zu Punkt 2: Nachdem für den Bundesrat lange Zeit nur Massnahmen der Energieverwendung ein Thema waren und die künftige Stromversorgung überhaupt nicht erwähnt wurde, hat der Bundesrat in letzter Zeit offensichtlich realisiert, dass mit dem Ablauf der Lebensdauer der Kernkraftwerke 40 Prozent der Elektrizitätsversorgung ersetzt werden müssen. Er gibt somit zu, dass ein Handlungsbedarf besteht, und hat sich an die Lösung des Problems gemacht. Ich habe einen Bericht verlangt, habe diesen zugesagt erhalten und bin deshalb mit der Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Schliesslich noch zu Punkt 3: Der Bundesrat ist offensichtlich bereit, wie er sagt, die Bedeutung der Kernenergie für die Klimapolitik im Rahmen der Botschaft zur Solar- und Umwelt-Initiative zu würdigen. Ich danke für diese Absicht. Der Klimabericht zuhanden der Uno muss aufzeigen, wie unser Land beabsichtigt, die Ziele hinsichtlich Stabilisierung und Reduktion des CO₂-Ausstosses zu erreichen.

Nachdem der Einsatz der Kernenergie eine bedeutende Rolle spielt, ist nicht einzusehen, warum gerade dieses Element nicht in diesen Bericht eingebaut werden sollte. Wir sollten aufhören, hier den Kopf in den Sand zu stecken, und müssen Farbe bekennen. Ich meine, der Bericht sollte diese Hinweise auch enthalten. Deshalb bitte ich Sie, Punkt 3 als Postulat zu überweisen, nachdem es ja nur ein Bericht ist, den ich verlange.

Ich bitte, die ganze Motion in ein Postulat umzuwandeln und hoffe, der Bundesrat könne hier mitmachen.

Stump Doris (S, AG): Es war zu erwarten, dass der Motionär den Antrag des Bundesrates zu seiner Motion nicht akzeptieren würde, denn seine Forderung nach der Förderung der Kernenergie klingt seit Jahren – zum Glück fast ungehört – wie ein Refrain durch den Kanton Aargau und die ganze Schweiz. Herr Fischer-Seengen hat offenbar noch nicht erkannt, dass die Kernenergie den Anforderungen der nachhaltigen Entwicklung nicht im geringsten entspricht, weil die sichere Entsorgung der radioaktiven Abfälle trotz millionenteurer Studien und Berichte überhaupt nicht gewährleistet ist.

Ein Gesetz zur Förderung der Stromproduktion aus Kernenergie wäre etwa das gleiche, wie wenn Sie einem Alkoholiker, der Verkehrsunfälle verursacht, empfehlen würden, er solle statt Alkohol Heroin konsumieren, da so in seinem Blut kein Alkohol nachzuweisen wäre. Diese Logik ist ebenso falsch wie die Logik des Einsatzes von Kernenergie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses in der Schweiz.

Ich bitte Sie deshalb im Namen der SP-Fraktion, die Überweisung der zwei Punkte auch als «Postulate Fischer-Seengen» nicht zu unterstützen, denn es gibt Berichte genug. Sie sind teuer, und wir können so auch unseren Sparbemühungen entsprechen.

Bircher Peter (C, AG): Es ist wohl von der Sache her erklärbar, dass sich nun die dritte Aargauer Stimme erhebt.

Ich habe dem Text und den Ausführungen von Herrn Fischer-Seengen nicht eine so simple Darstellung entnehmen können, wie sie meine Vorrednerin gerade vorgetragen hat.

Das Thema bleibt ernst, wir haben ein ausserordentlich gespanntes Verhältnis zur Kernenergie, das eigentlich gar nicht nötig wäre. Der umfassende Bericht, der dieser Tage abgeliefert worden ist, stammt einmal nicht aus dem Aargau, sondern von den BKW, den Bernischen Kraftwerken. Sie haben mit einem unabhängigen Expertengremium von immerhin 15 Leuten während Jahren untersucht, welche Alternativen eigentlich möglich wären. Bis heute haben sie keine Alternativen gefunden und kommen zum Schluss, dass man mindestens die bestehenden Kernkraftwerke in der Schweiz, die bis jetzt immer eine optimale Versorgung sichergestellt haben, so lange als möglich und verantwortlich, auf hohem technischen Stand, weiterbetreiben könne. Das, was Herr Fischer schon gesagt hat, hat auch der BKW-Bericht bewiesen: Wenn man z. B. mit Gas oder Öl die gleiche Stromproduktion erzeugen würde wie das Kernkraftwerk in Mühleberg, käme man etwa auf die gleiche Luftbelastung wie mit den 350 000 PW, die im Kanton Bern immatrikuliert sind. Das ist eine Tatsache, die dieser Bericht einmal mehr erhärtet hat.

Es darf auch darauf hingewiesen werden, dass die britische Regierung – die uns zwar dieser Tage in anderen Bereichen etwas Sorge bereitet – im Bereich Kernenergie für das älteste Kernkraftwerk der Welt wieder neu eine Betriebsbewilligung für zehn Jahre erteilt hat.

Persönlich bin ich der Auffassung, dieser sehr moderate Vorstoss von Kollege Fischer-Seengen, der nun einmal auch diese Option in die ganze CO₂-Problematik einbetten will, verdiene es, überwiesen zu werden. Als Postulat sowieso. Stimmen Sie der Motion Fischer-Seengen uneingeschränkt zu!

Rechsteiner Rudolf (S, BS): 1988 hat dieser Rat 350 Millionen Franken bezahlt, damit ein AKW in der Schweiz nicht gebaut worden ist. Ich frage Sie: Wollen Sie noch einmal Entschädigungszahlungen leisten? Haben Sie noch nicht genug bezahlt? Ich frage das Herrn Fischer-Seengen. Wir haben 40 Prozent zuviel Strom eingekauft. Ich weiss, dass die Elektrizitätswerke Mehrkosten von 200 bis 300 Millionen Franken pro Jahr haben, weil sie diesen Strom nicht zu kostendeckenden Preisen verkaufen können. Diese Verluste werden einfach deshalb verschwiegen, weil sie in der Mischkalkulation untergehen. Sie sind aber dafür verantwortlich, dass die Industrie jetzt gegen die hohen Strompreise opponiert.

Die Zeit der Kernenergie ist vorbei. Wir haben jetzt neue Technologien, die jenseits von CO₂ und Atomkraft operieren. Wir wollen weder Pest noch Cholera! Leider werden diese Technologien in der Schweiz nur sehr mässig stark verfolgt. Ich spreche zum Beispiel von den Dünnschichtzellen. Ich finde es schon einen Skandal, dass wir hier Patente haben, zum Beispiel jenes von Professor Shah in Neuenburg, und dass diese Technologien hier nicht entwickelt werden. Die Japaner haben ein 70 000-Dächer-Programm. Sie bauen diese Zellen und holen die Preise herunter. Das wird die Energiezukunft sein, die dann auch die Schweiz nachvollziehen wird. Wir sollten heute die Chancen wahrnehmen und wirklich auf Sonnenenergie umstellen. Ein Rückschritt in die Kernenergie bringt uns mehr Risiken und mehr Kosten und führt technologisch nirgends hin. Ich bitte Sie, die Motion Fischer-Seengen abzulehnen.

Dreifuss Ruth, conseillère fédérale: Monsieur le Conseiller national, le Conseil fédéral est prêt à aller à votre rencontre en ce qui concerne le point 2 de cette motion en vous demandant de la transformer en postulat, c'est-à-dire à préciser dans un rapport quelles sont les mesures nécessaires «pour prévenir la pénurie énergétique annoncée pour 2010» et quel est le rôle qu'il accorde «à cet égard à l'énergie nucléaire, compte tenu des problèmes soulevés par les émissions de CO₂».

Ce n'est pas directement possible dans le programme de législation, comme vous l'aviez demandé, mais il est clair que, dans le cadre de la réflexion sur la fin du moratoire, sur la nouvelle politique énergétique, il y aura des réponses qui devront être apportées à ces deux questions que vous soulevez. C'est dans ce sens-là que le Conseil fédéral est prêt à accepter ce point 2 sous forme de postulat.

Mais je suis obligée de tenir bon dans une attitude qui consiste à ne pas transformer en postulat le point 1 et le point 3. Je vous remercie, Monsieur Fischer-Seengen, de dire que vous pourriez vous contenter de quelque chose dans le message. Laissez-nous peut-être maîtres de ce qui peut être dit à ce moment-là et vous présenter, comme cela est je crois de notre compétence, l'ensemble du problème CO₂. Nous examinerons le vœu qui est le vôtre, mais nous ne pouvons pas l'accepter sous forme de postulat car nous ne pouvons tout simplement pas prendre l'engagement que dans ce message figurera une analyse approfondie de ce que signifie la production de l'énergie nucléaire.

Vous le voyez: rien que le fait de poser sur la table cette motion relance déjà le débat sur l'avenir du nucléaire dans ce pays. Je crois qu'on ne peut pas le faire par la bande. Il faut le faire sérieusement et à fond.

Nous verrons dans quelle mesure nous pouvons satisfaire votre désir dans ce domaine, mais nous ne pouvons certainement pas accepter, même sous la forme d'un postulat, l'engagement de vous le présenter dans ce cadre.

Nous considérons que le second rapport national sur les changements climatiques, qui doit être établi pour l'ONU – ce que vous demandez au point 3 –, n'est pas non plus le réservoir pour une discussion sur l'avenir du nucléaire en Suisse et sur l'appréciation que l'on peut faire de ses avantages et de ses désavantages. Nous avons à rendre compte sur des questions précises. C'est sur ces questions précises que nous voulons répondre: il s'agit de la politique sur les changements climatiques et de la façon dont la Suisse s'y associe. Nous ne pouvons pas anticiper et bousculer notre programme pour y introduire des éléments d'un débat national tel que celui que vous proposez.

Je dois dire que sur le plan même des compétences du Conseil fédéral, nous ne pouvons pas accepter, à cette occasion, de soumettre au Parlement un rapport qui est de la compétence du Conseil fédéral à l'intention d'une organisation internationale. Cela créerait vraiment un préjudice quant à l'exercice des compétences du Conseil fédéral par rapport à celles du Parlement.

Vous avez donc tout à fait raison, et vous le faites à votre point 2, d'interpeller le Conseil fédéral et d'exiger de sa part un rapport par voie de postulat. Ne nous demandez pas d'introduire encore, à toutes les occasions où nous parlons de

climat, des éléments d'appréciation globaux sur l'énergie nucléaire que nous ne pouvons pas donner au stade actuel.

J'ai cru comprendre, Monsieur le Conseiller national, que vous aviez de la compréhension pour cette réponse qui consiste tout simplement à dire qu'il faut choisir le lieu, qu'il faut choisir l'heure, qu'il faut choisir la forme pour mener un réel débat, et qu'on ne peut pas introduire les questions nucléaires par la bande dans tous les sujets qui s'y rapportent de près ou de loin.

Punkt 1 – Point 1

Le président: M. Fischer maintient sa motion.

Abstimmung – Vote

Für Überweisung der Motion
Dagegen

63 Stimmen
48 Stimmen

Punkt 2 – Point 2

Le président: M. Fischer est d'accord avec la transformation en postulat.

Überwiesen als Postulat – Transmis comme postulat

Punkt 3 – Point 3

Le président: M. Fischer maintient sa motion.

Abstimmung – Vote

Für Überweisung der Motion
Dagegen

67 Stimmen
43 Stimmen

95.3625

Interpellation Strahm

Schwefelarmer Dieseltreibstoff. Handlungsbedarf beim Bund

Carburant diesel à faible teneur en soufre

Diskussion – Discussion

Siehe Seite 616 hiervor – Voir page 616 ci-devant

Le président: M. Strahm renonce à la discussion; il attend le rapport que le Conseil fédéral a annoncé d'ici fin 1996, selon le point 6 de sa réponse écrite.

96.3033

Interpellation Epiney

Luftverschmutzung. Vergleich Schweiz/Paris

Pollution de l'air. La Suisse comparable à Paris

Diskussion – Discussion

Siehe Seite 1239 hiervor – Voir page 1239 ci-devant

Epiney Simon (C, VS): L'étude épidémiologique française qui a montré un rapport très étroit entre la pollution de l'air et la mortalité dans les régions parisienne et lyonnaise n'est pas

Motion Fischer-Seengen Reduktion des CO2-Ausstosses und Kernenergie

Motion Fischer-Seengen Réduction des émissions de CO2 et énergie nucléaire

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1996
Année	
Anno	
Band	III
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	03
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	95.3546
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	18.09.1996 - 08:00
Date	
Data	
Seite	1417-1420
Page	
Pagina	
Ref. No	20 040 743

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.